

berta

#849

06/02/14

**Magazin der
Studierendenschaft**



Transparenz

Liebe Menschen,

unsere aktuelle Ausgabe widmen wir dem so oft misbrauchten Begriff der Transparenz. Denn unter ihrem Vorwand wird überwacht, durchleuchtet, zersetzt. Unter dem Banner der Freiheit dient sie der Kontrolle und Übewachung. Dabei rücken je diejenigen in ihren Blick, die

sich der gesetzten Norm nicht fügen. Jedoch bestimmt über die Norm, wer über die Mittel der Überwachung verfügt, sie in seinem*ihrem Sinne einsetzen kann. Doch bleiben Wege und Ziele allerdings bewusst verborgen - unerreichtes Terrain für die doch selbst angemahnte Offen-

heit. In dieser Ausgabe wollen wir den Fokus drehen und die beleuchten, welche die Normen setzten und ganz in ihrem Sinne Transparenz einklagen.

Die Redaktion.

Inhalt #849

HoPo

Vorstandsbericht: KTS-Überwachung und Zivilklausel

S. 3

Schiewer bleibt Rektor

S. 4

Novellierung Landeshochschulgesetz

S. 6

Wahlordnung Studierendenrat

S. 8

Überwachung an der Uni Freiburg

S. 13

Gesellschaft

Proteste gegen Agrarindustrie

S. 5

Gendern und Sprachgeschichte

S. 9

Linke Kulturgeschichte in Freiburg

S.10

Widerstand gegen die EU-Asylpolitik

S. 12

Kultur

Rezension Hamlet bei den Immoralisten

S. 14

Service

Service und Termine

S. 15

Studlive!

„Onlinedemokratie“

S. 16

Warum geschlechtsneutral?

Der AStA tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“ oder den Gender-Star). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. Autor*innen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Inhaltliche Verantwortlichkeit

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht die Meinung von Redaktion, AStA und/oder StuRa wieder. Sie sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, Meinungen von Einzelpersonen.



Des Schifoan is des Leiwandste

Und wieder einmal geht es um die Alltagserfahrungen eines Neufreiburgers, beziehungsweise in diesem Fall einer Neufreiburgerin. Warum zieht man zum Studieren nach Freiburg? Nunja, die vielfältigen Gründe liegen für die freiburgphile Bevölkerung auf der Hand und eines davon ist die geographische Nähe zu den Skigebieten des Schwarzwaldes. Und so machte ich mich eines halbwegs schönen Wintertages auf den Weg mal wieder schwungvoll durch den Schnee zu kurven. Die erste Hälfte des Tages ging das Ganze gut. Dann jedoch entdeckten wir eine (leider gesperrte,) wunderbar einladend aussehende, tief verschneite Piste links unseres Weges. Nur vereinzelt zogen sich Spuren durch den ansonsten jungfräulichen Schnee. Die Versuchung war einfach zu groß... Was folgte war eine herrlich ruhige, wunderschöne Abfahrt durch den tief verschneiten Schwarzwald. Fast fühlte man sich wie allein auf der Erde. Doch dann das böse Erwachen und die Erkenntnis, warum die Piste gesperrt war: Leider waren die Lifte an diesem Hang noch nicht geöffnet. Und so hieß es warten in der Kälte, bis ein Skibus kam. Schlussendlich waren wir jedoch zu zwanzigst, da die anderen dann unseren Spuren gefolgt waren (hehe).

Kira Kurz

Die politische Arbeit nimmt Gestalt an!

Die ersten beiden Pressemitteilungen der Verfassten Studierendenschaft sind verschickt

Zum Ende des Januars ging es nochmal rund: Der politische und kulturelle Freiraum KTS wurde am Wochenende vom 25. & 26. von staatlicher Seite illegal videoüberwacht, der vom Unirat wiedergewählte neue und alte Rektor Hans-Jochen Schiewer wurde im Senat bestätigt und die Grundordnung der Uni ist um eine „Zivilklausel“ reicher.

Das Semester neigt sich dem Ende zu, Klausurenstress und (hoffentlich erfolgreiche) Urlaubsplanungen beherrschen den Alltag. Die ersten Semesterabschlusspartys läuten die Ferienzeit ein und der Vorstand nimmt Stellung zu den (hochschul-)politischen Geschehnissen und schreibt endlich erste Pressemitteilungen.

In einer unserer PMs ging es darum unsere große Verärgerung darüber auszudrücken, dass die Polizei die KTS (den KulturTreff in Selbstverwaltung, das autonome Zentrum in Freiburg) ohne (wirklichen) Grund ein ganzes Wochenende lang videoüberwacht hat.

Die KTS, die diesen Sommer ihr 20-jähriges Bestehen feiert, bietet zahlreichen Gruppen und Personen die Infrastruktur für Treffen, Veranstaltungen, Konzerte, Filmvorführungen oder ähnliches. Auch wir als Studierendenvertretung haben in der Vergangenheit häufig Räume in der KTS genutzt. Die Referate Datenschutz und Politische Bildung veranstalteten dort beispielsweise Vorträge und Seminare. Zu vielen andere Veranstaltungen in der KTS haben wir informiert, eingeladen und uns solidarisiert. So auch zu der am vergangenen Samstag zu Rechtspopulismus, bei welcher viele Studis anwesend waren. Dass jetzt bekannt wurde, dass das Haus während der ganzen Zeit/des ganzen Wochenendes von staatlicher Seite abgefilmt worden ist, schockiert uns umso mehr. Im Aufbau eines 250 Meter entfernten, in der Schönbergstraße am

Eingang Haslachs gelegenen Hochhauses war eine Kamera so auf den Haupteingang der KTS gerichtet, dass jede*r, die*der das Haus betreten hat, von der Hüfte ab aufgenommen worden ist.

Was genau die Polizei damit bezweckte bleibt unklar. Das gewonnene Bildmaterial wird kaum einen konkreten Nutzen haben. Vielmehr zeigt hier wiederum die Willkür, mit der die linke Szene überwacht und ausgehört wird. Sowohl Party-, als auch Vortrags-, und Infoladenbesuchende wurden dreist ausgespäht. Anstatt sinnvollen Dingen nachzugehen wird ein Kleinkrieg gegen Menschen angezettelt, deren Forderungen nach Freiraum nicht ins bürgerliche Konzept der staatlichen Einrichtungen passen will. (ich würde nicht sagen, dass die Polizei sinnvollen Dingen nachgehen soll, ich stelle das ein bisschen in Frage, dass sie das tut. Deshalb würde ich einfach nur schreiben: „Hier wird ein Kleinkrieg...“)

Und in diesem Zuge scheint es auch nichts auszumachen, vollkommen illegal in die Privatsphäre so vieler Menschen einzudringen und sich dabei ganz ohne Rechtfertigung absolutistisch über deren Persönlichkeitsrechte hinwegzusetzen. Ein solches Vorhegehen, die Überwachung und Kriminalisierung von Vortrags- und Partybesuchenden können und wollen wir nicht unkommentiert hinnehmen.

Der Studierendenrat hat sich bereits im letzten Jahr klar zu Überwachung positioniert. Im Aufruf zu der Demonstration „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ fordern wir ganz klar: Schluss mit Überwachung - Selbstbestimmung statt Kontrollen!

Zivilklausel in Grundordnung

Und schließlich durften wir noch eine letzte PM über etwas richtig/sehr erfreuliches schreiben. Es tat gut, eine langjährige

studentische Forderung endlich - zumindest teilweise - erfüllt zu sehen - etwas, das sich auch sehr gut mit einem schönen Abschluss verbinden lässt.

Als ein Schritt in die richtige Richtung ist die Aufnahme einer „Zivilklausel“ in die Grundordnung der Universität anzusehen.

Wir Studierende fordern dies bekanntlich schon lange, durch den sich die Universität klar zu ausschließlich ziviler Forschung und gegen die Kooperation mit Rüstungsunternehmen oder auch dem Militär positionieren soll. Nun konnte sich der Senat am letzten Mittwoch, den 29.01., endlich dazu durchringen (wenigstens) eine Berichtspflicht in die Grundordnung der Universität aufzunehmen. Ist das nun dieser erwartete denkwürdige Augenblick?! Eher nicht! Wir als studentische Vertretung sehen die Änderung der Grundordnung eher als Rohfassung und Kompromiss, denn sie enthält weder eine klare Positionierung noch Sanktionsmechanismen bei Zuwiderhandlungen. Nichtsdestotrotz sind wir erfreut über diesen Erfolg, der zeigt, dass sich unser Engagement lohnt und auf dem man weiter aufbauen kann!

Diese Berichtspflicht lässt uns in Zukunft vor allem eine Aufgabe zu kommen: Genau hinsehen und Forschung, die militärischen Zwecken dient, klar benennen, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken und den Druck der Öffentlichkeit auf die Universität so zu erhöhen! Hier können wir alle zusammen arbeiten!

Zum Schluss bleibt uns vor allem eines zu sagen: Wir wünschen allen eine nicht allzu stressige Prüfungszeit und erholsame Semesterferien

*Matthias Gornik, Rebecca Leins,
Julian Zimmer, Vorstand*

Schiewer gewinnt Duell gegen Schanz

Einstimmige Wahl nach heimlichen Prozedere

Das Ergebnis steht fest: Auch in den nächsten sechs Jahren wird Hans-Jochen Schiewer an der Spitze unserer Uni stehen, in der Position des Rektors, die er bereits in der vergangenen Amtsperiode inne hatte.

Schon seit einigen Wochen war bekannt, dass er zur Wiederwahl angetreten war, und auch, dass er Konkurrenz aus dem eigenen Haus bekommen hatte. Schiewers Vize Heiner Schanz kandidierte gegen den Chef. Eine ungewöhnliche Situation, wenn man bedenkt, dass die Stelle des Uni-Rektors seit Herbst letzten Jahres international ausgeschrieben war und es insgesamt mehr als zehn Kandidaten gegeben hat. Neben den beiden bereits im Rektorat Tätigen, kamen außerdem zwei Externe in die engere Wahl, von denen eine/r seine Bewerbung jedoch vor der Wahl zurückgezogen haben soll.

Der alte und neue Rektor Hans-Jochen Schiewer ist 58 Jahre alt, seit 2003 Germanistikprofessor in Freiburg und war von April bis September 2008 bereits Vizerektor unter Andreas Voßkuhle, der dann jedoch überraschend zum Präsidenten des Bundesverfassungsgericht berufen wurde. Nachdem Schiewer dessen Amtsgeschäfte daraufhin kommissarisch weitergeführt hatte, wurde er, obwohl er anfangs nicht in der engeren Auswahl war, auf Wunsch externer Mitglieder des Universitätsrates nachnominiert und mit knapper Mehrheit gewählt. Der zehn Jahre jüngere Heiner Schanz studierte in Freiburg Forstwissenschaften, war von 2004 bis 2008 Professor für Märkte der Wald- und Holzwirtschaft und seit 2009 Vizerektor und hauptamtlicher Prorektor für Lehre. Wer die/der dritte Kandidat/in ist, die/der neben Schanz und Schiewer bis zum Schluss im Rennen geblieben ist, wird jedoch nicht verraten, denn über die Rektoratswahl herrscht strenge Schweigepflicht, an die sich alle Eingeweihten bis zum Schluss zu halten scheinen.

Daran gab es in den letzten Wochen viel Kritik. Ein Professor der Uni bezeichnete die Umstände der Wahl, da diese stets unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden soll, als „nordkoreanische Verhältnisse“. Die Badische Zeitung zitiert außerdem einen Geisteswissenschaftler mit den Worten: „Das fast vollkommene Stillschweigen steht in einem eigentümlichen Missverhältnis zur Wichtigkeit dieser anstehenden Entscheidung.“ Das sehen laut Informationen der BZ viele Dozierenden der Uni so.

„Das fast vollkommene Stillschweigen steht in einem eigentümlichen Missverhältnis zur Wichtigkeit dieser anstehenden Entscheidung.“

Doch die Geheimhaltung dieser wichtigen Informationen resultiert nicht aus der Absicht, über die Köpfe der Betroffenen hinweg – dazu gehören neben Professor/innen und anderen Mitarbeiter/innen der Uni natürlich auch wir Studierende – still, leise und autoritär eine der wichtigsten Personalentscheidungen zu treffen, jedenfalls nicht ausschließlich oder zumindest nicht offiziell. Burkart Knospe, Vorstandschef der Testo AG in Lenzkirch und Vorsitzender des Universitätsrates, begründet das Verfahren damit, dass die letzte Rektoratswahl im Jahr 2008, bei der viel mehr Informationen an die Öffentlichkeit gelangt waren, darunter gelitten und allen Kandidat/innen geschadet habe. Schließlich wollen diese, wenn sie sich in der Wahl nicht durchsetzen konnten, meistens in ihrem bisherigen Beruf bleiben, was sich als schwierig erweisen könnte, wenn die/die dortige Arbeitgeber/in von der Bewerbung auf eine andere Stelle erfährt. Die Verschwiegenheit der Wählenden erweist sich also als zweischneidiges Schwert.

Genauso umstritten ist die Wahlbefugnis selbst, die dem Universitätsrat obliegt, sozusagen dem Aufsichtsrat der Uni, der jedoch hauptsächlich aus externen Mitgliedern aus Wirtschaft und Wissenschaftsmanagement besteht (nachzulesen in der Berta vom 12.12.13). Der Senat, in dem neben den Rektoratsmitgliedern auch Vertreter der Professor/innen, der Studierenden, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und der übrigen Beschäftigten vertreten sind, hat hinterher nur noch ein Veto-Recht, muss die Wahl also bestätigen oder ablehnen. Die Sitzungen der Findungskommissionen beider Gremien fanden bei dieser Wahl jedoch gemeinsam statt, sodass man wohl von dem größtmöglichen Konsens ausgehen kann.

Der zeigt sich auch im Wahlergebnis: Hans-Jochen Schiewer wurde vom Universitätsrat einstimmig im Amt bestätigt. Trotz Verlust des Elitetitels unserer Uni, der in der Vergangenheit sowohl Schiewer als auch Schanz zur Last gelegt wurde, und einer Verschlechterung im Professorenranking, schien man mit seiner Arbeit größtenteils zufrieden gewesen zu sein. Andererseits ist es fraglich, wie viele Betroffene an der Rektoratswahl überhaupt interessiert waren. An besagtem Ranking haben lediglich etwas mehr als ein Zehntel der Professoren überhaupt teilgenommen; die meisten Studierenden haben noch nicht einmal davon gewusst, dass das Amt der Rektorin/des Rektors zur Wahl stand, wie eine Umfrage der Badischen Zeitung zeigt. Viele kennen weder Schiewer noch Schanz, haben sich mit der Leitung unserer Uni noch nie zuvor beschäftigt und die Frage des BZ-Journalisten, wer denn ihrer Meinung nach neuer Rektor werden solle, wurde nicht selten mit „Schanz hat das nettere Lächeln“ beantwortet.

Das nutzt unserem bisherigen Prorektor für Lehre nun jedoch auch nichts mehr;

er hat die Wahl mehr als eindeutig verloren, schließlich kommt es im Amt der Rektorin/des Rektors weniger auf das Lächeln denn auf Kompetenz an – im Optimalfall zumindest. Nach seiner Niederlage möchte Schanz nun ganz aus dem Rektorat ausscheiden. Wie es für ihn weitergeht, werde er „zu gegebener Zeit klar und deutlich sagen“; wer ihm wiederum nachfolgt, ist noch unklar. Dass das Verhältnis zwischen ihm und Schiewer nie das Beste war, ist allgemein bekannt. Trotzdem betonte Heiner Schanz stets, dass er nicht primär gegen seinen Vorsitzenden, sondern mit eigenen Vorstellungen des Amtes und neuen Inhalten angetreten sei. Offenbar setzen die Verantwortlichen der Universität jedoch lieber auf Bewährtes, genau wie

die meisten Studierenden, die die Badische Zeitung interviewt hat. Wer die Eignung für den Posten der Rektorin/des Rektors von mehr als Aussehen oder Lächeln abhängig machte, bestätigte häufig, dass doch „alles ganz gut läuft und gerne so weitergehen kann“. Die Überlegung, dass es eigentlich vielleicht mal an der Zeit gewesen wäre, eine Frau die Geschäfte unserer Uni leiten zu lassen, hatte weder in der Umfrage noch in der Wahl Priorität.

„Nach seiner Niederlage möchte Schanz nun ganz aus dem Rektorat ausscheiden.“

Über deren Ausgang freuen sich neben Oberbürgermeister Dieter Salomon,

der nach eigener Aussage stets eng und erfolgreich mit Schiewer zusammengearbeitet hat, vor allem im Hinblick auf eine Neupositionierung der Universität, auch Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Reinhold Pix, der Landtagsabgeordnete der Grünen.

Wie das Wahlergebnis für uns Studierende bewertet werden kann, sollte jede/r selbst entscheiden; deutlich gemacht hat es jedenfalls, dass der alte Slogan „Keine Experimente!“ tatsächlich noch immer attraktiv ist. Im Zweifelsfall setzt auch die Uni lieber auf das Bewährte als auf das ungewohnt Neue – hoffen wir, dass das für uns alle die beste Entscheidung war!

Louisa Theresa Braun

Wir haben es satt!

Proteste gegen die Agrarindustrie und Massentierhaltung

Am 18. Januar sind etwa 30 000 Menschen in Berlin auf die Straße gegangen, um gegen Agrarindustrie und Massentierhaltung zu protestieren. Darunter befanden sich neben zahlreichen Landwirt*innen, Imker*innen, Natur-, Tier- und Verbraucherschützer*innen auch einige Studierende der Uni Freiburg, die den langen Weg auf sich genommen haben, um sich dem Protestzug anzuschließen. Aufgerufen zur Demo hatte das „Wir haben es satt!“-Bündnis. Vom Potsdamer Platz aus ging es mit 70 Traktoren am Bundesrat und dem Landwirtschaftsministerium vorbei, bis vorm Bundeskanzleramt die Abschlusskundgebungen gemacht wurden.

Die Demonstrant*innen forderten einen Kurswechsel in der Agrarpolitik: Die Bundesregierung solle sich für eine „soziale, tiergerechte und ökologische Agrarwende“ einsetzen. Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel wurde vorgeworfen, „Klientelpolitik für die Agrarindustrie“ zu betreiben. Scharf kritisiert wurde außerdem das Phänomen der Massentierhaltung, auch als Intensivtierhaltung bekannt. Dabei werden sogenannte Nutztiere in großen Beständen auf möglichst kleinem Raum gehalten. Dass das nicht zugunsten der Tiere geschieht,

liegt auf der Hand. Vielmehr soll mit dieser Methode der Einsatz von Arbeitskräften so gering wie möglich gehalten und Kosten gespart werden. „Wer Megaställe genehmigt und subventioniert, wer auf Export und Freihandel setzt und dann auch noch darüber nachdenkt, Gentech-Pflanzen auf Europas Äckern zuzulassen, der lässt die Bäuerinnen und Bauern im Stich und handelt gegen die Interessen von VerbraucherInnen, Tieren und Umwelt“, sagte Jochen Fritz vom „Wir haben es satt!“-Bündnis. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Landwirtschaftspolitik, die das Arten- und Höfesterben stoppt und den Hunger in der Welt bekämpft.“

Des Weiteren stand ein sich noch in der Verhandlungsphase befindende Freihandelsabkommen im Fokus der Kritik. Unter den Teilnehmerstaaten des Abkommens befinden sich die USA, die Staaten der Europäischen Union, sowie einige weitere. Ein großes Thema ist dabei der Umgang mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Aktuell müssen genveränderte Lebensmittel in Europa gekennzeichnet werden, sind sogar teilweise verboten. In den USA verhält es sich damit völlig anders: Ein Großteil des Mais, um nur ein Beispiel zu nennen, ist

gentechnisch verändert und auf dem Lebensmittelmarkt zugelassen. Konzerne wie Monsanto streben nun auch in Europa das Herunterfahren solcher Standards an, damit gentechnisch veränderte Pflanzen ohne Beschränkungen auf dem europäischen gehandelt werden dürfen. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), äußerte sich dazu wie folgt:

„2014 ist ein entscheidendes Jahr. Es kommt darauf an, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu stoppen. Dieses Abkommen gefährdet uns, unsere Kinder, die Tiere und die Umwelt. Das dürfen wir nicht zulassen. Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Gentechnik auf dem Teller lehnen wir ab! Stattdessen brauchen wir eine Landwirtschaft, in der bäuerliche Betriebe gefördert werden statt Massentierhaltung und Export. Agrarminister Friedrich muss sich dafür einsetzen, dass mehr Geld in tiergerechte Haltungsformen fließt und dass Gentechnik und Pestizide nicht in unsere Lebensmittel gelangen.“

*Sabrina Friedl
Umweltreferat*

Soziale Hochschule?

Die Novellierung des Landeshochschulgesetz durch Grün-Rot geht hinter frühere Positionen der Parteien zurück

War Stuttgart 21 im Landeswahlkampf 2011 das wohl prominenteste Thema, so stecken auch im universitären und insbesondere studentischen Umfeld Viele Hoffnung auf den Regierungswechsel zu Grün-Rot. So war neben der Abschaffung der Studiengebühren und der Einführung der Verfassten Studierendenschaft auch eine Änderung weiterer wesentlicher Punkte des Landeshochschulgesetzes versprochen worden. Dabei insbesondere das Versprechen das 2005 unter Schwarz-gelb eingeführten Konzept der unternehmerischen Hochschule zu Gunsten der sozialen Hochschule rückgängig zu machen.

Die Befürworter*innen der unternehmerischen Hochschule waren mit dem Versprechen angetreten, durch intensiveren Wettbewerb zwischen den Hochschule Lehre und Forschung zu verbessern. Hochschulen sollten sich nach ihrem Konzept anhand von Maßstäben der freien Wirtschaft messen lassen, sich in Effektivität und Leistungsfähigkeit steigern. Gelder sollten künftig anhand der „Leistung“ der Universitäten vergeben werden, die Lehre an ihrer Produktivität für die Wirtschaft gemessen werden. Bereitwillig in Kauf genommen wurde dabei die verstärkte Einschränkung der Partizipationsrechte von Mitarbeitenden und Studierenden. Der Einfluss der Wirtschaft auf die universitäre Forschung und Lehre wurde hingegen verstärkt, was einen vermehrten Einfluss der Wirtschaft zu Ungunsten des Grundsatzes der freien Lehre und Forschung hatte.

Zunächst schienen viele der Forderungen der Studierenden Gehör zu finden. So wurden die Studiengebühren zeitnah abgeschafft, auch berichteten studentische Vertreter*innen von zumeist konstruktiven Gesprächen mit dem Wissenschaftsministerium in Stuttgart. Inzwischen, nach zahlreichen Verhandlungs-

runden zum Landeshochschulgesetz, ist die anfängliche optimistische Haltung zunehmender Skepsis und Enttäuschung gewichen.

So mehren sich die Anzeichen, dass die Abschaffung der Studiengebühren bereits nach weniger als drei Jahren wieder schrittweise zurückgenommen werden soll. Zum Einen sollen künftig Studiengebühren für nicht EU-Ausländer*innen erhoben werden. Man bilde jährlich kostenlos ein koreanisches Synphonieorchester aus, wo doch studieren in Korea für Ausländer*innen bis zu 13 000 Euro koste, hieß es gar aus dem grünen Landesministerium.

„So mehren sich die Anzeichen, dass die Abschaffung der Studiengebühren wieder schrittweise zurückgenommen werden soll.“

Weiter plant die Wissenschaftsministerin Bauer eine Einführung von Studiengebühren für weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge. Diese richten sich an Menschen mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung und sind, im Gegensatz zu den weiterqualifizierenden Masterstudiengängen bislang kostenfrei. Aber auch Studierende ohne abgeschlossene Ausbildung müssen laut dem aktuellen Entwurf des Ministeriums mit Studiengebühren rechnen. So sollen Veranstaltungen, welche außerhalb des regulären Curriculums stehen, künftig gebührenpflichtig sein. Darunter würden beispielsweise EDV- sowie Sprachkurse fallen. Dabei soll dies auch Kurse umfassen, die für den Abschluss des Studiums notwendig sind, wie unter Anderem das in manchen Studiengängen nach wie vor erforderliche Latein.

Unter Insider*innen wird zudem mehr und mehr die Vermutung laut, die auf einzelne Personengruppen und Angebote beschränkten Studiengebühren seinen vielmehr als Stimmungstest für die Wiedereinführung flächendeckender Gebühren zu sehen. Sollten sich die Studierenden nicht gegen die gegenwärtig geplanten Kosten wehren, wäre wohl auch wenig Widerstand gegen allgemeine Studiengebühren zu erwarten, so wird hinsichtlich der Kalkulation des Ministeriums gemutmaßt.

Aber auch für Aufnahmeprüfungen sollen Hochschulen in Baden-Württemberg künftig höhere Beträge von den Teilnehmenden erheben dürfen. So soll das bisher auf maximal 50 Euro pro Bewerber*in festgesetzte Limit auf 100 Euro verdoppelt werden. Dabei sollen die Gebühren unabhängig von der Zulassung erhoben werden dürfen.

Damit erscheint die versprochene Demokratisierung der Hochschulen viel eher als eine Aristokratisierung derselben. Schon liegt das Verhältnis zwischen Studierenden mit Eltern mit akademischem Abschluss zu solchen ohne abgeschlossenem Studium nach Erhebungen des Deutschen Studentenwerks aktuell bei drei zu eins. Doch drohen die nun von der vermeintlich stärker auf sozialen Ausgleich bedachten Seite des parlamentarischen Spektrums eingebrachten Reformen die Gegensätze diesbezüglich weiter zuzuspitzen. Gerade indem eine nachträgliche Qualifikation an Hochschule oder Universität für Arbeitende nun kostenpflichtig wird, wird vielen, deren Eltern eine universitäre Ausbildung nicht finanzieren konnten, diese im weiteren Verlauf des Erwerbslebens verwehrt. Arbeiter*innenkinder bleiben Arbeiter*innen.

Auch die Benachteiligung Studierender mit Nicht-EU-Hintergrund nach der Logik

„Wie du mir, so ich dir“ ist mit dem Verweis auf hohe Studiengebühren in anderen Staaten nicht zu rechtfertigen. Vielmehr spiegelt sie den Gedanken des Euronationalismus, indem bewusst eine weitere Trennung zwischen EU-Bürger*innen und Nicht-EU-Bürger*innen vorgenommen wird. Im Jubel über die europäische Öffnung der Universitäten in Folge von Bologna werden so nationale durch kontinentale Grenzen ersetzt. Als reichen die Hürden durch die bestehenden rigide VISA-Politik nicht aus, werden Studierende aus Nicht-EU-Staaten neben dieser nun auch durch Studiengebühren diskriminiert.

„Doch bereits vor Studienbeginn drohen zahlreiche Studierende aus schlechter situierten Elternhäusern benachteiligt zu werden.“

Dass gewisse Teile des Studiums, insbesondere mit besonderer Berufsorientierung, künftig gebührenpflichtig sein sollen, teilt die Studierendenschaft ganz unmittelbar durch ihre Studieninhalte selbst innerhalb der staatlichen Hochschulen in eine Zwei-Kassen-Gesellschaft auf. Sind wohlhabende Studierende bereits dadurch privilegiert, dass sie nicht via Bafög an die Regelstudienzeit gebunden sind oder Zeit zum Lebenserwerb opfern müssen, drohen manche Kurse durch die für sie erhobenen Kosten für sie reserviert zu sein.

Doch bereits vor Studienbeginn drohen zahlreiche Studierende aus schlechter situierten Elternhäusern durch die Anhebung des Beitrags für die Teilnahme am Eingangstest benachteiligt zu werden. Bereits jetzt raten zahlreiche weniger vermögende Eltern ihren Kindern ab, sich für ein Hochschulstudium zu entscheiden. Da nun, wie per Gesetz gestattet bereits die Teilnahme an der Auswahl von Studienplätzen in manchen Studiengängen für den*die Bewerber*in mit bis zu 100 Euro pro Bewerbung zu Buche schlagen kann, ist hier eine weitere Zuspitzung zu erwarten.

Dennoch fällt die Bilanz über die Pläne des Wissenschaftsministeriums nicht nur ausschließlich negativ aus. Begrüßenswert erscheint die Öffnung der

Hochschule für Menschen, welche nur als Geduldete in Baden-Württemberg leben. Sie waren bislang vom Studium ausgeschlossen. Auch soll der Einfluss von externen Gremien auf die Universität vermindert werden. So soll der Unirat, welcher der Vernetzung zwischen Universität und Gesellschaft dienen sollte, von seinen Entscheidungskompetenzen befreit werden und künftig lediglich eine beratende Funktion erfüllen. Bislang waren die Hochschulräte zumeist ausschließlich von Persönlichkeiten aus der



Interessiert sich nicht für ihr Geschwätz von Gestern: Wissenschaftsministerin Bauer

Wirtschaft besetzt, welche wohl nur allzu versucht waren, Gesellschaft ganz in ihrem Sinne mit Wirtschaft gleichzusetzen. Dabei leisteten sie auf genau diesem Wege einen Beitrag zum schwarz-gelben Ideal der unternehmerischen Hochschule. Abgeschafft, wie beispielsweise von der Landesastenkonzferenz gefordert, werden die Hochschulräte und mit ihnen die externe Einflussnahme auf die viel zitierte Freiheit der Hochschulen jedoch nicht.

Dabei fällt auf, dass die Novellierung des Landeshochschulgesetzes unter Grün-Rot eher dem sachten Variieren des Kurses der Vorgängerregierung denn eines fundamentalen Kurswechsel gleichkommt. So wurde die Verfasste Studierendenschaft zwar eingeführt, Ansprüche auf Immobilien und Werte, welche im Zuge ihres Verbotes 1971 den Studierenden-

werken zugeschlagen wurden, werden den Studierendenvertretungen jedoch versagt. Stattdessen soll in Übereinkunft über die Aufteilung von Aufgaben und Rechten entschieden werden. Dass die Studierendenwerke dabei auf ihre lukrativen Zweige wie Cafés, wie beispielsweise das Café Senkrecht in Freiburg, verzichten, ist dabei kaum zu erwarten.

Auch werden der landesweiten Studierendenvertretung in Form der Landesastenkonzferenz wohl zahlreiche Rechte vorenthalten bleiben. So soll diese zwar als Vertretung der Interessen der Studierenden anerkannt werden und – ähnlich wie die einzelnen Studierendenschaften – verfasst sein, jedoch soll ihr keine Rechtsfähigkeit zukommen. Diese jedoch würde benötigt, soll die Landesastenkonzferenz kleineren Studierendenvertretungen als rechtlicher Beistand gewähren oder Rechtsgutachten verfassen. Damit bleibt das zentrale Organ der Studierendenvertretung in Baden-Württemberg in seinen Funktionen und damit seinem politischen Einfluss stark beschnitten.

„Viel zu sehr unterscheiden sich die Wahlversprechungen der Regierung Kretschmann von deren tatsächlichem Handeln.“

Wenngleich sich das politische Klima in Folge des Machtwechsels in Stuttgart in Teilen verändert zu haben scheint und wenn die erneute Novellierung des Landeshochschulgesetzes auch eine geringfügige Verbesserungen gegenüber der Linie von Schwarz-Gelb verspricht, drohen viele Erwartungen enttäuscht zu werden. Viel zu sehr unterscheiden sich die Wahlversprechungen der Regierung Kretschmann und der aktuellen Wissenschaftsministerin Bauer von deren tatsächlichem Handeln. Umso mehr gilt es aus Sicht der Studierenden nun die künftigen politischen Entwicklungen zu beobachten und vor allem klar zu markieren, wenn die Politik der Landesregierung sich gegen ihre Interessen und die ihrer Nachfolger*innen wendet.

Eric Steinsberger

Im Zweifel für den Zweifel

Neue Regelungen für Transparenz bei StuRa-Wahl bleiben umstritten

Bald ist wieder Sommersemester. Das heißt, bald sind wieder Universitätswahlen. Steht die Entscheidung über das Modell der Verfassten Studierendenschaft im Gegensatz zum vergangenen Jahr nicht mehr auf der Agenda, sind nach wie vor im üblichen jährlichen Turnus die studentischen Senatsmitglieder sowie, seit vergangenem Jahr, die Initiativen im Studierendenrat (StuRa), zu wählen.

Und so befasst sich, mitten in den noch längst nicht zum Abschluss gekommenen Debatten über Sinn und Unsinn der Initiativen, der AK Wahlordnung inzwischen mit einer detaillierten Regelung für die anstehende Abstimmung. Denn hatte man sich im Vorjahr noch an der Wahlordnung der Universität orientieren müssen, so besteht inzwischen die Möglichkeit genauere Reglements nach den Wünschen der Studierenden vorzunehmen.

Dabei hat sich der AK Wahlordnung bei seinen bisherigen Ideen vor allem an den Erfahrungen der vergangenen Wahl orientiert. So fiel es vielen Studierenden fiel schwer, sich im Blätterwald des vergangenen Studierendenratswahlkampf zu orientieren, denn anstelle der wenigen aus der Bundespolitik bekannten Schwergewichte kandidierte nun eine bemerkenswerte Vielzahl von Bündnissen und Gruppen für einen Sitz im StuRa.

In Bezug auf Erfahrungen an anderen Universitäten wurde weiter das Problem sogenannter Tarnlisten ausgemacht. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass versucht wird, durch das Platzieren mehrerer inhaltlich gleicher Initiativen unter verschiedenen Namen ein Mehr an Stimmen auf sich zu lenken. Gerade das in der Satzung vorgesehene Adamsverfahren ist hierfür besonders anfällig. Denn mit ihm bekommt zunächst jede der zehn stimmstärksten Initiativen einen Sitz im StuRa. Nur wenn weniger als zehn Listen um die Plätze in dem höchsten Gremium der Studierendenvertretung konkurrieren, ist es möglich, dass eine Liste mehr als nur einen Sitz und damit

eine Stimme erhält. Entsprechend leicht und erfolgsversprechend wäre es für Listen, welche potentiell viele Stimmen auf sich vereinen, also mit zwei anstelle von einer Liste anzutreten.

Zuletzt rückte bei den Überlegungen des AK Wahlordnung der Fokus auf Initiativen, welche nahelegen, lediglich mit dem Ziel geschaffen worden zu sein, die Stimmanteile eines im StuRa vertretenen Fachbereichs zu mehren. Insbesondere rückte hier die OfaMed in den Fokus, zu welcher nur Studierende des Fachbereichs Medizin gehören. Dieser sei, so hört man, vor allem aus dem Frust darüber entstanden, dass der verhältnismäßig große Studiengang Medizin bei ungleich mehr Studierenden als viele kleinere Fachbereiche im StuRa nur mit vier Stimmen verhältnismäßig schwach repräsentiert sei. Dabei ist, so argumentiert der AK Wahlordnung, die relative Gleichheit der Fachbereiche im Legislativorgan der Studierendenschaft ganz bewusst im gegenwärtigen VS Modell enthalten; soll doch kein Fachbereich ein Übergewicht erhalten.

So scheint es auch verständlich, dass der AK Wahlordnung sich ausdrücklich nicht mit einer von einigen Initiativen geforderten Änderung des Adamsverfahrens zugunsten des verbreiteteren Modells des d'hontschen Verfahrens beschäftigt. In diesem werden die Stimmenanteile proporzmäßig in den zu vergebenen Sitzen abgebildet. Denn anstelle der Abbildung von exakten Stimmenanteilen zielt der Studierendenrat auf eine Abbildung möglichst vielfältiger Interessen durch möglichst viele Gruppen und Listen ab.

Stattdessen wurden von Seiten des AK zwei Vorschläge in den StuRa eingebracht, welche es für die Wähler*innen durchschaubarer machen sollen, für welche Positionen sie ihre Stimme abgeben. Zum einen besteht die Idee, dass Initiativen künftig in Form eines etwa halbseitigen Wahlprogramms ihre zentralen Positionierungen und Ziele für das kommende Semester darlegen sollen.

Alternativ wurde der Vorschlag diskutiert, die Namen der Initiativen sollten einen Bezug zur Hochschulpolitik kenntlich machen.

Während letzterer bereits im AK Wahlordnung umstritten gewesen sei, sind die Positionen zum Vorschlag eines öffentlichen Wahlprogramms auch in Kreisen der Studierendenvertretung kontrovers. So protestierte die Hochschulgruppe AgD ihren Widerspruch kurzerhand in Form eines Wahlprogramms, welches aus dem beim Layout üblichen Fülltext Lorem Ipsum, einer zur Unkenntlichkeit variierten Cicero Rede, besteht. Auch sollte damit sichtbar gemacht werden, wie wenig wirkungsvoll eine solche Regelung sei. Die Fachbereichsvertretung der Soziologie hingegen fordert in einem Brief an den AK Wahlordnung, dass es auf Basis des einbrachten Entwurfs möglich sein solle, Initiativen mit menschenverachtenden Einstellungen von der Wahl auszuschließen. Die Vorstellung rechte Gruppen könnten Einzug in das Legislativorgan der Studierendenvertretung erhalten und von dieser gar Mittel beanspruchen können, hatte seitens des Fachbereich für Unwohlsein gesorgt.

Doch trotz der gegenwärtig noch ungeklärten Kontroverse scheint die Debatte vorerst von der Oberfläche verschwunden zu sein. Einen Antrag des RCDS, welcher sich gegen nur aus Kandidat*innen aus einem Fachbereich bestehenden Initiativen wandte, kam nicht zur Abstimmung. Da der Studierendenrat sich im Dezember dagegen ausgesprochen hatte, die Vorschläge des AK Wahlordnung zu diskutieren, zog sich auch dieser bis auf weiteres zu internen, jedoch nach wie vor offenen Besprechungen ohne explizite Inbezugnahme des StuRa zurück. Man darf also gespannt sein, welche Vorschläge in den StuRa eingebracht werden und wie sich die dortigen Vertreter*innen bei der zeitnah anstehenden Abstimmung über die Wahlordnung verhalten.

Eric Steinsberger

Von Damen, Weibern und Dirnen

Ein Artikel für Butlerfans und Sprachpuristen

Zugegeben, auch ich habe mich köstlich über die öffentliche Ideensammlung zur Namensfindung dieses Magazins amüsiert. Jedoch haben auch viele die Onlineumfrage genutzt, um ihrem generellen Ärger über die Berta, ehemals u-bote, Luft zu machen. Vorschläge wie „Gender – BotIn“ oder „Bote*innen“ zeigen, dass die Genderpraxis dieses Magazins nach wie vor ein strittiges Thema darstellt. In den Podiumsdiskussionen des letzten Wahlkampfs und in den Sitzungen des StuRas sind Gegner*innen und Befürworter*innen der genderneutralen Sprache vermehrt aufeinandergetroffen. Für die einen ist diese längst selbstverständlich und wird dementsprechend auch eingefordert. Andere fühlen sich wiederum in ihrer Meinungsäußerung bevormundet und sehen die Ästhetik der deutschen Sprache in Gefahr. Die große Streitfrage lautet: Diskriminiert die deutsche Sprache wirklich Frauen und bringt somit eine patriarchalische Gesellschaft hervor? Oder wird das grammatische Geschlecht einfach überbewertet und sagt letzten Endes nichts über das sogenannte Geschlecht (biologisch, sozial, wie auch immer konstruiert) aus? Ich möchte an dieser Stelle ein paar Anekdoten aus der Sprachwissenschaft zum Besten geben, die wohl Hardcoresozio*innen und RCDS-Sprachpuristen gleichermaßen amüsieren, aber auch empören dürfen und hoffentlich die Fronten etwas erweichen.

Betrachtet man, wie sich die deutschen Begrifflichkeiten für das weibliche Geschlecht gewandelt haben, könnte man folgendes Gesetz formulieren: Früher oder später nimmt jedes Wort für „Frau“ die Bedeutung „Prostituierte“ an. So bedeutet etwa „Dirne“ im Germanischen noch „Jungfrau“, im Althochdeutschen (ca. 750 – 1050) „Mädchen“ und „Dienlerin“, besitzt im Mittelhochdeutschen (1050 – 1350) bereits die Konnotation „käuferliche Frau“ und wird schließlich

gänzlich zur Prostituierten. Man spricht in diesem Fall von einer Bedeutungsverschlechterung. Bemerkenswert ist, dass die meisten Bezeichnungen für das weibliche Geschlecht im Lauf der Zeit eine solche Bedeutungsverschlechterung erfahren haben. Der Begriff der „Magd“ bezeichnet im Mittelalter noch die Jungfrau und wird oft für Maria, die Mutter Gottes, gebraucht. Heute würde diese Bezeichnung für weibliche Hausangestellte zu Recht als Beleidigung wahrgenommen werden. Zumal es geschichtlich bedingt kein männliches Pendant gibt. Ein schönes Beispiel aus dem Englischen, das oben genannte These unterstützt: Das Begriffspaar „Mister“ und „Mistress“. Während „Mister“ heute noch immer eine überaus höfliche Anrede darstellt, sollten förmliche E-Mails besser nicht mit „Dear Mistress ...“ begonnen werden. Es sei denn man(n?) schreibt an seine „Nebenfrau“ oder „Mätresse“. Der Begriff wurde eindeutig abgewertet und sexualisiert.

„Gegenderte Sprache nutzt herzlich wenig, wenn der Gender Gap nicht auch politisch aktiv angegangen und nicht nur etikettiert wird.“

Die feministische Linguistik hat der deutschen Sprache oft vorgeworfen, Frauen in vielerlei Hinsicht zu benachteiligen. Während Männer stets mit ihrem sozialen Titel, „Herr“, angesprochen würden, reduziere die Anrede „Frau“ selbige auf ihr „biologisches“ Geschlecht. Dies mag bei oberflächlicher Betrachtung durchaus zutreffen, diese Behauptung führt jedoch am eigentlichen Problem vorbei. Im Mittelalter bezeichnet der soziale Titel *frouwe* adlige Frauen und bringt diesen ebenso viel Wertschätzung entgegen, wie dem *herre*. Das Begriffspaar *herren unde frouwen* meint die mittelalterliche Aristokratie in ihrer Gesamtheit. Man unde wip hingegen bezeichnen

Geschlechter ohne sozial-hierarchische Konnotation – wir sagen heute jedoch „Mann und Frau“ und nicht „Mann und Weib“.

Der Grund hierfür ist wiederum die Bedeutungsverschlechterung des Begriffs „Weib“, der heute eindeutig negativ konnotiert ist und oft abwertend benutzt wird. Die eigentlich höher gestellte „Frau“ wurde als Ersatzbegriff herangezogen und somit ebenfalls in den Prozess der Bedeutungsverschlechterung eingegliedert und zur Norm herabgesetzt. Da es sich hierbei um eine Art Kettenreaktion handelt, in deren Verlauf sämtliche deutschen Titel für Frau verschließen worden sind, wurde der Begriff „Dame“ aus dem Französischen entlehnt, um wieder über eine weibliche Anrede verfügen zu können, die in etwa der Anrede der höher gestellten *frouwe* entspricht. Infolgedessen beginnen offizielle Reden, Schreiben und Ähnliches heute in der Regel mit „Sehr geehrte Damen und Herren“ und nicht mit „Sehr geehrte Frauen und Herren“. Wenn nun behauptet wird, dass „Sehr geehrte Frau ...“ nicht die gleiche Ehrerbietung umfasse wie „Sehr geehrter Herr ...“, so ist dies kein Problem der heutigen Sprache, sondern das Ergebnis eines historischen Sprachwandels. Diesem Prozess, genauer der Bedeutungsverschlechterung der Worte für „Frau“, ist nicht entgegenzuwirken, indem neue Begriffe eingeführt werden. Dieses Vorgehen setzt an den Symptomen und nicht an der eigentlichen Ursache an. Worte sind per se unschuldig und dienen nur als Titel für die Konzepte, die hinter ihnen stehen. Diese „Werkzeuge“ können sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen abnutzen. Die jahrhundertlange Dominanz des Männlichen in der Gesellschaft hat unbestreitbar ihre Spuren in unserer Sprache hinterlassen. Allerdings sollte man sich die Frage stellen, inwieweit Wörter wie „man“, „jemand“, „niemand“ oder auch „wer“, die alle eng mit dem Wort „Mann“ verwandt

sind, noch semantischen Gehalt besitzen und inwieweit sie grammatikalisiert sind.

Gendern wird die Gesellschaft nicht verbessern. Menschen, die die Position vertreten, dass Sprache unsere Wirklichkeit signifikant verändern kann, sollten sich die Frage stellen, was Sprache tatsächlich leisten kann. In erster Linie stellt Sprache den Versuch dar, die Wirklichkeit abzubilden. Würde man dieser Logik folgen, die besagt, dass es die Sprache ist, die die Wirklichkeit prägt, müsste Norwegen eines der frauenfeindlichsten Länder Europas sein. Das Norwegische kennt das grammatische Femininum in der Theorie durchaus, es wird nur sehr selten und völlig willkürlich benutzt. Auch wenn es eher unüblich ist, kann im Norwegischen folgender Satz gebildet werden, ohne dafür von Gendergerechten gesteinigt zu werden: Sie ist ein Frau. („Sie ist ein Student“ ist übrigens gängig, „Sie ist eine Studentin“ überhaupt nicht.) Alle Wörter, die theoretisch feminin zu deklinieren wären, werden in sämtlichen Wörterbüchern unter m/f, also maskulin

oder feminin, je nach Gusto, gelistet. Für Norwegen müsste das bedeuten, dass Frauen einen denkbar schlechten Stand in der Gesellschaft innehaben. De facto rangiert Norwegen seit mehreren Jahren unter den Top 3 des Global Gender Gap Indexes.

Allerdings ist Gendern der deutschen Sprache auch ein Ausdruck dafür, dass ein Umdenken bereits im Gang ist – wenngleich vermehrt in universitären Kreisen und auch dort nicht überall. In Ländern wie Norwegen ist dieses Umdenken bereits soweit vorangeschritten, dass es selbstverständlich ist, dass das grammatische Geschlecht eines Begriffs keine Genderkomponente enthält: Wo keine Diskriminierung auch keine diskriminierende Sprache – nicht umgekehrt. Deutschland ist noch nicht so weit. DAX-Vorständ*innen nutzen niemanden, wenn diese männlich sind. Das soll heißen: Gegenderte Sprache nutzt herzlich wenig, wenn der Gender Gap nicht auch politisch aktiv angegangen und nicht nur etikettiert wird. Deswegen mein Appell:

Liebe Butlerfans, überschätzt den Einfluss der Sprache auf die Wirklichkeit nicht. Liebe Sprachpuristen, ich verstehe Euch und den Anspruch an die Ästhetik der Sprache – aber niemand verlangt, dass die Buddenbrooks gegendert neu aufgelegt werden. In privater und öffentlicher Kommunikation ist gendern jedoch eine Sache der Höflichkeit, diese kann man seinen Mitmenschen entgegenbringen – oder auch nicht. Es bleibt zu bedenken, dass die Signalwirkung aus dem universitären Umfeld an die Politik nicht zu unterschätzen ist: In der u-asta info aus den 80ern wird bereits – radikal! – von Studierenden gesprochen und nicht von der latinisierten Form „Studenten“ (studentes bezeichnet im Lateinischen die weiblichen und die männlichen Lernenden). Heute wird es nicht mehr als sprachpolitisch radikal empfunden, wenn man von Studierenden spricht, und vielen Menschen ist damit geholfen – und darum sollte es doch eigentlich gehen.

Anne Schäfer

Volkshochschule KTS:

Bauplatzbesetzungen, freie Frequenzen und Häuserkampf – ein Werkstattseminar zur Bewegungsgeschichte in Freiburg

Am Dienstag, den 21. Februar 2014 fand in der KTS ein Werkstattseminar zur Bewegungsgeschichte in Freiburg statt. Die vom Referat für politische Bildung und der Autonomen Antifa organisierte Veranstaltung war als interaktiver Workshop geplant, bei dem die Teilnehmenden selbst Informationen aus zahlreichen Materialien recherchieren sollten. Also anders als bei sonst häufig stattfindenden Vorträgen, bei denen sich Besucher*innen vor allem berieseln lassen, die anschließende Frage- und Diskussionsrunde mal ausgenommen. Die Referentin Birgit Heidke, die sonst historische und

politische Stadtführungen in Freiburg durchführt (unter anderem auch seit mehreren Jahren für den u-asta in der Ersti-Woche), wurde zunächst für einen

„Stadtrundgang am Tisch“ zur linken Geschichte angefragt, aus dem sich dann das Werkstattseminar entwickelte.



Stadtzeitungen aus den 70er und 80er Jahren

An fünf Tischen im Raum lagen nun Zeitschriften und Flugblätter und Fotos aus dem Archiv für soziale Bewegung, die zur Recherche zur Verfügung standen. Darunter vor allem die „Stadtzeitungen“ der 70er und 80er Jahre. Darüber hinaus gab es einige Laptops, auf denen DVDs wie der KTS-Film und anderen Datensammlungen des Archivs digital angeschaut werden konnten. In einer Ecke konnten außerdem noch Radiobeiträge aus dem RDL-

Archiv angehört werden. Um bei dieser Fülle an Unterlagen einen Anhaltspunkt zu haben, wurden die Tische bestimmten Themen zugewiesen, mit denen sich dann in Gruppen beschäftigt wurde. Es gab je einen Tisch zu Whyl und der Anti-Atombewegung, zur Frauenbewegung, Häuserkampf, zur Geschichte der KTS und ein freier Tisch ohne spezifisches Thema. Nach dem einstündigen Stöbern in den Stadtzeitungen und DVDs wurden im Plenum erste Erkenntnisse geteilt. „Auffällig sind die großen Zahlen von rund 20.000 Demonstrationsteilnehmenden, von so was können wir heute nur träumen.“, hieß es da. Ob man das mit heute vergleichen kann und was es für Unterschiede zu den 70/80er

Jahren an Demonstrationskultur gibt, wurde ausführlich diskutiert. Ebenfalls als interessant befunden wurde das breite Spektrum an (Interessens-)Gruppen, die in den Stadtzeitungen Artikel veröffentlicht haben. Von Studiengruppen, Fachschaften, Frauengruppen, Schüler*innen bis hin zu Gewerkschaften, politischen Kampagnen, autonomen Gruppen und vielen anderen Initiativen. Daraus entwickelte sich eine Diskussion was für ein vergleichbares Medium wir heute in Freiburg haben und ob so was wie eine Stadtzeitung vielleicht wieder nötig wäre. Vertreten waren dabei Äußerungen, wie: „Aber wir haben doch den Koraktor.“ und „Wo wären wir heute, wenn es linksunten. indymedia.org nicht gäbe.“

Eine Entdeckung, die ich persönlich sehr spannend fand, war die Geschichte der Gründung des Frauen-Referats an der Uni Freiburg. Nachzulesen in der damaligen „Frauenzeitung“ neben Artikeln und Berichten aus dem Frauenzentrum in der Luisenstraße. Trotz großer Initiative auch eine studentische Interessenvertretung für Frauen zu bekommen, verweigerte dies der AStA 1977. Dem Beschluss der Frauen-Vollversammlung, bei dem sich 700 Frauen für ein autonomes Frauen-Referat aussprachen, setzte der AStA entgegen, dass es bei der letzten Uni-Wahl ja noch keines ge-



Ob Bauplatzbesetzungen, freie Frequenzen oder Häuserkampf - Materialien zur linken Geschichte

geben habe, und er deshalb auch keines einführen könne. Dies würde ja nicht dem Wähler(*innen)willen entsprechen. Als Reaktion gab es wöchentliche Treffen von Studentinnen in den Räumen des AStA, die in einer Frauenzeitung sogar mit der Besetzung von diesen drohten. Nachdem sich auch an vielen Instituten und in Fachbereichen einzelne Frauengruppen gebildet hatten, konnte der AStA dem Druck nicht mehr standhalten und stimmte dem autonomen Frauen-Referat schließlich zu.

Die Veranstaltung war eine erste Gelegenheit sich dieses Jahr mit der linken Geschichte Freiburgs auseinander zusetzten. Im Mai/Juni begegnet uns die nächste: Das 20-Jahre-KTS Jubiläum steht bevor. Vor 20 Jahren wurde in der Vauban auf dem ehemaligen französischen Militärstützpunkt eine Kaserne von Aktivist*innen besetzt mit dem Ziel ein Autonomes Zentrum zu gründen. Die Stadt Freiburg beschloss Ende der 80er Jahre eine kommerzielle „Kultur- und Tagungsstätte“ (abgekürzt mit KTS), das heutige Konzerthaus, für schließlich 150 Mio. DM zu bauen. Als Protest entwickelte sich eine rege Hausbesetzer*innenszene, aus der der Kulturtreff in Selbstverwaltung (die heutige KTS) hervorging. Obwohl es ein Volksbegehren gegen das Konzerthaus

gab, was trotz einfacher Mehrheit an einem Quorum scheiterte, wurde das Konzerthaus schlussendlich 1996 gebaut. Seit 20 Jahren haben wir in Freiburg ein autonomes Zentrum und dadurch die Möglichkeiten sich fernab von kommerziellen Alternativen mit Politik, Kunst, Kultur und Musik auseinander zusetzen. In ihrer Existenz bedroht war die KTS in dieser Zeit häufig. Die Kaserne in der Vauban wurde 1998 geräumt und das Bahngelände von der Stadt für die KTS angemietet. Nach der Kündigung durch die Bahn 2004, war das Bestehen der KTS erst ein Jahr später nach intensiven Verhandlungen zumindest bis Ende 2007 gesichert und seit 2008 gibt es einen unbefristeten Vertrag. Zum 20-jährigen Jubiläum veranstaltet die KTS vom 28. Mai bis zum 8. Juni eine Kultur- und Aktionswoche. Neben Workshops, Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen, Rallyes und Stadtrundgängen, soll das Treffen vor allem der Vernetzung dienen. Deshalb wird versucht auf einem Großteil der Veranstaltungen französische Übersetzungen bereit zu stellen.

Anna Tenberg
Referat für politische Bildung

Die Festung bröckelt

Der Widerstand gegen das Grenzregime der EU wächst

Die Abschottung Europas fordert weiter Tote. Gleichzeitig wächst der Widerstand – auch in Freiburg. Doch um dem Ziel einer Welt ohne Grenzen näher zu kommen, bedarf es einer starken antirassistischen Bewegung, die Solidarität praktisch werden lässt, nicht vor Gesetzesverstößen zurückschreckt und sich ihrer Erfolge bewusst wird.

19.372. Das ist die Zahl der Toten, die seit 1988 den Versuch, nach Europa zu kommen, mit dem Leben bezahlen mussten – und deren Fälle dokumentiert sind. Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich deutlich höher. In mühsamer Kleinarbeit trägt der italienische Journalist Gabriele Del Grande die Berichte zusammen. Sie handeln von Flüchtlingen, die in der Sahara verdursten, im Mittelmeer ertrinken oder in Lastwagen ersticken. Trauriger Höhepunkt: Der Tod von 366 Menschen vor der italienischen Insel Lampedusa im Oktober letzten Jahres. Anders als es uns Politiker_innen und Grenzschrützer_innen weismachen wollen, sind nicht etwa verantwortungslose Schleuser schuld an den täglichen Dramen, sondern eine europäische Politik, die Zäune hochzieht und den Grenzbereich militarisiert, die Schutzsuchenden keine Möglichkeit bietet, legal nach Europa zu kommen, die Flüchtlinge, die es nach Europa geschafft haben, wieder abschiebt, auf dass sie beim nächsten Versuch ums Leben kommen, kurz: eine Politik die auf Abschottung statt Schutz setzt und Menschenrechte mit Füßen tritt.

Doch dieser Politik der Abschottung und des Rassismus steht schon jetzt eine globale Bewegung für Solidarität und Freizügigkeit gegenüber. Zu dieser Bewegung gehören die zahlreichen Initiativen, die Flüchtlinge im rassistischen Alltag unterstützen, Kirchen, die Papierlosen Zuflucht gewähren, Schüler_innen, die sich gegen die Abschiebungen ihrer Freund_innen wehren, und natürlich Flüchtlinge, die selbstbewusst und mutig für ihre Rechte demonstrieren, marschieren und in den Hungerstreik treten.

Auch in Freiburg gibt es viele wegweisende Initiativen. Ob Spielenachmittage der Studierendeninitiative weitblick, Fußballtraining vom Sozialreferat des des unabhängigen Studierenden Ausschusses an der PH, Deutschkurse im rasthaus oder Rechtsberatung vom Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen: Das beachtliche Engagement vieler Freiwilliger ist eine wertvolle Unterstützung für Geflüchtete; die geknüpften Kontakte und geteilten Erfahrungen sind Auswege aus der Isolation und Grundlage für gemeinsamen Widerstand. Auch die Veranstaltungen, Spendensammlungen, Unterschriftenaktionen und Demonstrationen, initiiert von Aktion Bleiberecht und dem Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung, zeigen, dass es in Freiburg Menschen gibt, die solidarisch an der Seite der Flüchtlinge stehen.

„Der Widerstand muss direkter, praktischer werden. Und er darf nicht an den Grenzen des Gesetzes halt machen.“

Doch es darf nicht bei rein symbolischen Protest bleiben. Der Widerstand muss direkter, praktischer werden. Und er darf nicht an den Grenzen des Gesetzes halt

machen. Gesetze, die ein undemokratisches und rassistisches Grenzregime absichern, sind dazu da, gebrochen zu werden. Der Aktionskünstler Philipp Ruch vom Zentrum für politische Schönheit benutzt den Begriff des „aggressiven Humanismus“ um zeitgemäßen Widerstand zu beschreiben: „Der Humanismus soll sich nicht als Masse freundlich durch irgendwelche Straßen schleppen, sondern Pässe fälschen, Beamte bestechen und Büros besetzen. Der Kampf um die Menschenrechte geht im 21. Jahrhundert in eine neue Runde. Er muss wehtun.“ Gewiss: Vor jeder Aktion sollten Vor- und Nachteile sorgfältig abgewägt werden. Und ziviler Ungehorsam sowie militante Aktionsformen sind sicher nicht jedermanns Sache. Sie sollten jedoch in einer vielfältigen antirassistischen Bewegung ihren Platz finden.

Ansätze direkter, mehr als symbolischer Aktionen gibt es bereits – auch in Freiburg. Als im vergangenen Sommer etwa 30 Aktivist_innen im Kultur-Café an der PH übernachteten, um sich im Falle eines befürchteten – letztlich zum Glück nicht stattfindenden – Abschiebeversuchs im anliegenden Flüchtlingswohnheim den Behörden in den Weg zu stellen, war der Wille zu spüren, Solidarität praktisch werden zu lassen. In anderen Städten wurde Anfang des Jahres im Rahmen der Kampagne „Fight Racism Now!“ versucht, Ausländerbehörden durch Massenblockaden lahmzulegen. Schließlich und besonders sind die selbstorganisierten, bundesweiten Flüchtlingsproteste zu erwähnen. Mit Protestcamps bringen die „Non-Citizens“ ihre Anliegen an die Öffentlichkeit; unter Verletzung rassistischer Sondergesetze marschieren sie quer durch Deutschland; mit Hungerstreiks schafften sie es erfolgreicher denn je, die Aufmerksamkeit von Medien und Politik auf ihre Anliegen zu lenken und sich selbst eine Stimme zu verleihen.

Die Erfolge all dieser Aktionen sind – wenn überhaupt sichtbar – denkbar klein. Aber es gibt sie: Mit jeder verhinderten Abschiebung, mit jeder noch so kleinen



Aktivist_innen bei einer Demonstration gegen Abschiebungen

Foto: Medien AG // Anarchistische Gruppe Freiburg

Liberalisierung des Asylrechts, mit jeder Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen bröckelt die Festung Europa. Sich dieser Erfolge bewusst zu werden, gibt Kraft. Genauso wichtig ist es jedoch, angesichts der kleinen, oft zeit- aufwendigen und aufreibenden Kämpfe nicht das große Ganze aus dem Blick zu verlieren: Die Vision einer Welt ohne Grenzen und Nationen. In den Worten

des Aufrufs „Solidarität statt Rassismus“, der von hunderten Wissenschaftler_innen unterzeichnet wurde: „Wir antworten dem alten, neuen Rassismus mit einem kosmopolitischen, den nationalen Albtraum hinter sich lassenden Verständnis von Gesellschaft, das die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt – unabhängig von Papieren und Status. Setzen wir

unser Wissen, unsere Zusammenhänge und Ideen für ein System ein, das wirklich Schluss macht mit dem Rassismus. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfen der Migration.“

Möglichkeiten einer solchen Solidarisierung gibt es genug – auch in Freiburg.

David Werdermann

Überwachen und schlafen

Überwachung an der Universität Freiburg

Anlässe auf die Straße zu gehen gibt es viele, seien es die Enthüllungen Snowdens, der erst kürzlich enttarnte Polizeispitzel in Niedersachsen oder die Videoüberwachung der KTS am Wochenende des 26. Januar. Nach der Demonstration am 14. Dezember in Freiburg unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ war es letzte Woche mal wieder so weit.

Aufgerufen hatten Anonymous und das Bündnis #StopWatchingUs für Samstag den 01.02. zum Anlass des International Day of Privacy (IDP) auch in Freiburg auf die Straße zu gehen. Unter dem Motto „Unsere Freiheit und die Netzneutralität sind in Gefahr“ sammelten sich rund 50 Personen gegen 13:30 Uhr auf dem Kartoffelmarkt, wo eine Kundgebung in Anwesenheit zahlreicher Polizist*innen abgehalten wurde.

Nach etwa einer halben Stunde begann ein Demonstrationszug durch die Schiffstraße und die KaJo entlang. In der Innenstadt wurden etliche Flugblätter gegen Überwachung verteilt. Hinter dem Martinstor ging es durch die Gerberau auf den Augustinerplatz, wo sich der Zug ohne Zwischenfälle auflöste. Obwohl im Aufruf explizit gewünscht worden war, nicht als Demonstration vereinnahmt zu werden, konnten es sich fleißige Parteisolat*innen nicht nehmen lassen ihre Fahnen in den Wind zu hängen.

Alles in allem also eine sehr überschaubare Aktion, die kaum der Erwähnung wert gewesen wäre, wäre nicht das fast vollständige Fehlen studentischer Beteiligung aufgefallen.

Wie sieht es mit dem Datenschutz an der Universität aus?

Ein Beispiel zum Bewusstsein für Datenschutz an der Universität: Die zentrale E-Learningplattform „Ilias“ der Universität durchlief eine lange Testphase. Was allerdings niemandem dabei auffiel, war, dass schon die Grundsätze des Datenschutzes nicht beachtet wurden. Wer sich beim nächsten mal Einloggen auf Ilias darauf achtet, wird bemerken, dass es unter Dokumenten gegebenenfalls den Hinweis „ungelesen“ gibt. Bis letztes Jahr war diese Information dank überwachungsfreundlichen Grundeinstellungen des Programms auch den Lehrenden mitgeteilt worden. Mittlerweile ist die entsprechende Funktion nach Intervention wohl deaktiviert worden.

Solche und ähnliche Fälle gibt es an der Universität regelmäßig. Sei es, dass Lehrende die kompletten Daten ihrer Studis durch die Lehrveranstaltungsanmeldungen bekommen oder dass Kameras und Kameraattrappen ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung vom Studierendenwerk aufgehängt werden. Es sind stets sehr wenige und meist die selben Studierenden, welche auf Datenschutzverstöße hinweisen.

Auch bei den Unicards ist bei weitem nicht alles eitel Sonnenschein: Schon 2008 wurden die MIFARE Classic Karten von InterCard, wie sie auch an dieser Universität eingesetzt werden, geknackt. Ein kurzes Suchen bei einer privacyfreundlichen Suchmaschine ergibt Anleitungen zum Verändern von Konto- stand und Zugangsberechtigungen (1).

Aber nicht nur die Karten an sich sind unsicher. Über die Karten können auch personenbezogene Profile über Essensgewohnheiten gewonnen werden, woraus sich beispielsweise zum Zwecke der Terrorismusabwehr erkennen lässt, wer religionsbedingt seine Essgewohnheiten verändert. Dagegen helfen nur anonyme Karten, diese können kostenlos beim Studierendenwerk beantragt werden.

Nun sag, wie hast du's mit dem Datenschutz?

Heute schon bei Facebook reingeschaut, Google benutzt, eine unverschlüsselte Mail geschrieben und dein Handy mit dir rumgetragen...

Bei den meisten Datensammler*innen gibt es sinnvolle Alternativen, zur Mailverschlüsselung gibt es unzählige Anleitungen. Auch die NSA ist ohne dein Zutun beschäftigt genug, knapp 200 Mio SMS pro Tag (Stand 2011) zu lesen...

Das Datenschutzreferat trifft sich übrigens immer Donnerstags um 15 Uhr im Studierendenhaus in der Belfortstr. 24.

*(1) Die willentliche Manipulation von Unicards ist illegal und die Autor*innen fordern auf, es deshalb zu unterlassen! Stand Ende 2013 lag der durch Kontenmanipulation verursachte Schaden bei unter 1%.*

Florence Langschläfer

Sein oder nicht sein? Morden oder gemordet werden?

Immoralisten bringen „Hamlet“ auf den Tisch

Eine Sahnetorte? Die Substanz eines Untoten? Oder vielleicht beides? Ach ficken - als ob es darauf ankäme.

Bei der Aufführung des Dramas „Hamlet“ von William Shakespeare im Theater der Immoralisten wird die essbare Requisite vielseitig eingesetzt. Ebenso der Tisch, auf dem sie serviert ist. Mal fungiert er als Tafel, an dem sich das dänische Königspaar und Prinz Hamlet gegenüber sitzen. Die Entfernung zwischen ihnen ist groß, erinnert gar an eine Szene in dem Filmklassiker „Der kleine Lord“, die Distanz zwischen Mutter und Sohn, zwischen Onkel und Neffen förmlich spürbar. Die Gäste sitzen betreten dazwischen, wie das so ist, wenn man zu Besuch ist, die Gastgeber bei Tisch einen Familienkonflikt austragen und man selbst nicht weiß, wie sich einmischen oder wo im Boden versinken. Doch bei den Immoralisten ist all das nur Schein, denn die Gäste sind hier das Publikum, ihre Sitzplätze befinden sich zwischen denen der Schauspielern an der langen Seite der Tafel. Deren zweite Funktion ist die Bühne, das Tischtuch zugleich der rote Teppich, auf dem die Schauspieler/innen sich lieben, bekämpfen und ausspionieren. Das Stück beginnt mit dem Leichenschmaus, der Todesfeier des jüngst verstorbenen dänischen Königs Hamlet. Sein Bruder Claudius und seine Witwe Gertrude heucheln nicht lange Trauer, schon sind sie vermählt, schnell widmen sie sich der Torte. Hamlet hingegen ist nicht in Feierstimmung. Er betrauert seinen Vater, grollt Mutter und Onkel und wäre an diesem Tag wohl am liebsten im Bett geblieben. Noch immer trägt er Pyjama und Pantoffeln und hebt sich damit auch optisch von den anderen Tafelnden ab, die pelzige Mäntel, glitzernde Kleider, blonde Perücken und teure Sonnenbrillen tragen. Hamlet kümmert sich nicht darum, dass er underdressed ist, dass er Sahne im Haar hat, dass er im Laufe des Stückes sogar seine Hose verliert, er ergänzt sein Ko-

stüm mit zunehmenden Wahnsinn allein um ein Revolver-Halter.

Sein Ziel ist Rache, Rache an Claudius, dem Mörder seines Vaters, wie er von dessen Geist erfährt, der ironischerweise genau wie König Claudius selbst von Florian Wetter verkörpert wird. Die einzige Veränderung, die der wunderbar authentische und genial skurrile Schauspieler zu diesem Zweck an sich vornimmt, ist eine sahnige Gesichtsmaske - ein wenig Schminke aus Torte und schon kommt der Verstorbene zum Vorschein. Doch das ist nicht die einzige Charakterumwandlung, die die Immoralisten präsentieren. Um den labilen Hamlet auszuspionieren, der sich zur Tarnung seiner Rachepläne das Gebaren eines Verrückten zugelegt hat, das ihn selbst fast in den Suizid treibt, verwandeln sich sein Freund Horatio und Laertes, der Sohn des Oberkammerers Polonius, in Rosenkranz und Gildenstern, die im wahrsten Sinne des Wortes als hirnlose Marionetten auftreten. Roboterartig, elektrisierend und „Mr. Sandman“ von den Chordettes singend, führen sie ihre Befehle aus, eine gruselige, aber überaus gelungene Szenerie. Weitere „Schmankerl“ der Inszenierung von Manuel Kreitmeier sind der ständige SMS-Verkehr der Charaktere, durch den beispielsweise der Flirt zwischen Hamlet und Polonius' Tochter Ophelia zum Ausdruck kommt; das per Beamer in Übergröße an die Wand projizierte Gebet Claudius', zu dem sein schlechtes Gewissen ihn treibt und das den wie einen wahnsinnigen Schatten vor dem Bild agierenden Hamlet einzig davon abhält, seinen Onkel zu erschießen und schließlich die letzten Worte der Sterbenden. „Ficken!“, rufen alle, nicht nur zu jeder sich bietenden Gelegenheit, um Ärger Luft zu machen, sondern vor allem, bevor jede/r ihren/seinen Geist aushaucht. Und dazu gehören am Ende alle. Der Tod Ophelias, der wohl unumstrittensten Persönlichkeit des Stückes, die von allen

Seiten betrauert wird, wird noch tragisch zelebriert, ihr Vater Polonius von Hamlet halb aus Wahnsinn, halb aus Versehen erschossen und im finalen Duell zwischen dem dänischen Prinzen und Laertes, das mit Plastikgabeln und kaputteter Psyche geführt wird, kulminiert die Absurdität des Dramas. Gertrude trinkt unvorhergesehenerweise einen von Claudius aufgrund einer intriganten Abmachung mit Laertes giftgepanschten Siegestrunke für Hamlet – zuvor stellte der Kelch noch die Urne des toten Königs dar - während alle anderen sich selbst oder gegenseitig umbringen. „Der Rest ist...“, man kann es sich denken: „Ach ficken.“

Und danach Schweigen. Und zum Schluss Applaus. Den hat sich die junge Theatergruppe der Immoralisten redlich verdient. Die moderne, stark gekürzte, aber sehr authentische und überaus gelungene Inszenierung des „Hamlet“ überzeugt auf ganzer Linie. Die tiefgründige Botschaft, der „Amoklauf in den Mauern der eigenen Psyche“, wird mit Dialogen, gespickt von Witz und schwarzem Humor, zum Ausdruck gebracht, kommt immer wieder zum Vorschein. „Ein dekadentes Spiel ohne Zukunft“, nennt Florian Wetter den „Hamlet“. Der Darsteller von Claudius und sahnigem Geist vollbringt in Shakespeares weltliterarischem Kriminalstück eine schauspielerische Glanzleistung, genau wie die anderen Akteure; besonders hervorzuheben ist hier noch Markus Schlüter, der Prinz Hamlet verkörpert. Eineinhalb Wochen läuft Hamlet noch im Theater der Immoralisten, bis zum 15. Februar, jeweils Donnerstag, Freitag und Samstag um 20.00 Uhr. Das Theater befindet sich in der Ferdinand-Weiß-Straße 9-11, in der Nähe des E-Werks. Die Karten kosten 17€ bzw. ermäßig 10€, eine Reservierung ist empfehlenswert - hingehen lohnt sich!

9 von 10 Punkten

Louisa Theresa Braun

Must-gos!

Do, 06.02. 21 Uhr, Party des AStA der Evang. Hochschule im White Rabbit

Fr, 07.02. 17 Uhr Studi-Nachtflohmarkt in der Mensa Rempartstraße

Sa, 08.02. 20 Uhr, Refugees Welcome! Antirepressions Soli-Party in der KTS

Do, 13.02. 21 Uhr, Ethnoparty im White Rabbit

Sa, 15.02. 19:30 Uhr Sexismus und Linke Szene, Diskussionsrunde in der KTS

Sa, 15.02. 22 Uhr, Pink Party in der Mensa Rempartstraße

Sa, 15.02. Rückmeldefrist der Uni!!!

Impressum

Berta #849, 06.02.2014 (40. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Titelbild: CC von nolifebeforecoffee

Bild Seite 7: CC von GRUENE Ba-Wü

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Eric Steinsberger (V.i.S.d.P.), Kira Kurz, Robert Haug, Louisa Theresa Braun, Hannes Hein (Stud.live), Anna Tenberg, Thomas Seyfried

V.i.S.d.P. für Service: Julian Zimmer, c/o AStA Uni Freiburg.

Kontakt: Berta, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de

Die Berta ist das offizielle Presseorgan des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des AStA wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

AStA-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@u-asta.de

Mo-Fr 11-14 Uhr

Vincent Heckmann, Anne Schäfer, Hannes Hein

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. ISICs, Büromaterial, Zapatista Kaffee, ...)

BAföG-Beratung: bafog-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

AStA-Rechtsberatung:

Di, 14-16 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Psychologische Beratung: psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Maria Richter

Beratung für Studierende mit Kind studierenmitkind@u-asta.de

nach Vereinbarung

Konferenzen (Hieran kann jede*r Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

AStA (Konferenz der AStA Referate): vorstand@u-asta.de

Fr, 12 Uhr

StuRa (Studierendenrat): fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Vorstand: Matthias Gornik, Rebecca Leins und Julian Zimmer- vorstand@u-asta.de

Mo-Fr 10-14 Uhr, Tel: 203-2033

Referate (Jede*r Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Referat gegen Faschismus: antifa@u-asta.de

Fr, 14 Uhr

Antidiskriminierungs-Referat: Michal Armbruster – leoni.michal.armbruster@gmx.de

noch offen

Außen-Referat: Anne Schäfer – außen@u-asta.de

nach Vereinbarung

Datenschutz-Referat: Vincent Heckmann datenschutz@u-asta.de

Do, 15 Uhr

EDV: Till Oßwald, Anna Tenberg - edv@u-asta.de

nach Vereinbarung

Finanz-Referat: Thomas Seyfried- finanzen@u-asta.de

nach Vereinbarung, Tel: 203-9648

StuRa Präsidium: Jonas Hermann, Leonard Frank – fsk@u-asta.de

noch offen

Gender-Referat: Rebekka Blum – gender@u-asta.de

Mo, 20 Uhr,

HoPo-Referat: Lena Becker- referat-hopo@u-asta.de

Di, 16 Uhr

Kultur-Referat: Georg Ostendorff – kultur@u-asta.de

noch offen

Lehramt-Referat: Sara San – lehramt@u-asta.de

Di, 17 Uhr

Referat für politische Bildung: Anna Tenberg – anna@u-asta.de

nach Vereinbarung

Presse-Referat (berta): Eric Steinsberger – presse@u-asta.de

Mi, 12:30 Uhr

Regenbogen-Referat: Fabian Wenzelmann – schwulesbi@u-asta.de

Mo, 20 Uhr, Rosa Hilfe

Studieren ohne Hürden: Andreas Hanka – soh@u-asta.de

nach Vereinbarung

Umweltreferat: Sabrina Friedl – umwelt@u-asta.de

noch offen

Neueste Termine und Infos auf wie immer u-asta.de

Jetzt wird zurückgeklickt!

Deutschland klickt sich in Rage. Das Volk protestiert. Erwartet uns nun endlich die Onlinerevolution der Schwarmintelligenz?

Die schiere Anzahl an sogenannten Online-'Petitionen' ließe dies vermuten. Auf Plattformen wie openpetition.de geben tausende Bürger*innen ihre Stimmen ab. So stellen sich schon fast 200.000 mündige Bürger*innen gegen die Pläne der Landesregierung, sexuelle Vielfalt als fächerübergreifendes Leitziel in den neuen Bildungsplan aufzunehmen. Selbst Jesus Christus hat schon unterschrieben! Viele sind natürlich empört über diesen Aufruf der selbsternannten Gegner*innen der 'Political Correctness'. Doch wie wehrt man sich in unserer Gesellschaft gegen solch eine Petition? Richtig: Mit einer Gegenpetition. Mittlerweile gibt es zu dieser Thematik gleich zwei Stück. Ob die dann auch schon Satan und Luzifer unterschrieben haben ist fraglich. Auf jeden Fall ist hiermit das Wettrennen um die Klicks eröffnet! Ausgang noch ungewiss.

Doch was zeigen uns diese Petitionen? Sind sie die Wiedergeburt der lange vermissten mündigen Bürger*innen aus dem tiefen Tal der Politikverdrossenheit? Jede Partei wäre wohl froh, innerhalb kürzester Zeit hunderttausende für ein Randthema wie eine kleine Passage im Bildungsplan gewinnen zu können. Doch weit gefehlt. Selbst hinter den vielen ernst gemeinten Stimmen der Petition versteckt sich oft nicht das mündige Bürger*innentum, sondern Personen, die sich in nicht einmal fünf Minuten von einem Argument überzeugen lassen und nichts weiter tun müssen als mit einem Klick ihre Empörung kundzutun. Und es sei an dieser Stelle auch noch gesagt: Auch wenn die Plattformen suggerieren es handle sich um tatsächliche Petitionen, mit dem unverzichtbaren demokratischen Mittel des Petitionsrechts bei Bundestag und Landtagen hat diese lose Sammlung von Unterschriften nichts zu tun. Zum Glück, möchte man meinen, ansonsten müsste sich unsere politische Klasse auch bald mit Themen beschäftigen wie *Löschung der Internetseite „Gegenhund.org“*, *Einführung von Entnahmemaße für Sportangler in Sachsen Anhalt* oder *Kein Ponykarussell mehr beim Landauer Markt!*.

Stammtisch 2.0

Ein anderes, wenn auch ähnliches Phänomen nenne ich den Stammtisch 2.0. Fast jede noch so kleine Provinzzeitung bietet mittlerweile auf ihrer Webseite Kommentarfunktionen unter Artikeln und Onlineforen an. So lässt sich innerhalb von fünf Minuten die Empörung über eine Lokalthematik wie beispielsweise ein falsch platziertes Dixiklo ausdrücken. Ganze Schlachten werden hier online geführt, wobei die Argumente prinzipiell immer die Selben sind. So müsse doch mit dem gesunden Menschenverstand schon erkannt werden, dass ein Klohäuschen in dieser Lage sowas von falsch platziert ist. Wenn man das mal ganz ideologiefrei und objektiv betrachtet, ist das einfach der falsche Ort. Schlägt sich doch mal eine Person auf die Seite der Stadtverwaltung wird sofort bemängelt, dass dieses Argument ja nicht ernst zu nehmen sei, weil die Person ja nicht mal Deutsch kann, da sich ein Tippfehler im Kommentar befindet. So werden dann auch Gutachten, beispielsweise zum Stadionbau in Freiburg, innerhalb von vier Zeilen komplett zerissen, da die eigenen Erfahrung ja zeige, dass die Luftverwirbelungen viel tragischer sein müssten als dargestellt, wenn man die eigene Gartenlaube im Sturm betrachtet.

Aufgrund dieser vielen positiven Erfahrungen mit Onlinebefragungen will auch die Politik die Meinung ihrer Bürger*innen auf diese Weise erfassen. So gibt es in Freiburg seit langem einen 'Bürger*innenhaushalt' und auch unsere Landesregierung lässt die Menschen online bei Gesetzesentwürfen beteiligen. Sollte dabei dann nicht das gewünschte Feedback rauskommen, kann die Umfrage ja auch immer noch ignoriert werden, da man Onlineinstrumente, wie die Beispiele oben zeigen, nur bedingt ernst nehmen kann.

Dies musste auch die Studierendenvertretung feststellen, als mit einem Onlinetool der Name für diese Zeitschrift gesucht wurde. Ginge es nach der Onlinegemeinde hielte ihr nun das Qualitätsmagazin 'PENIS' in euren Händen.

In diesem Sinne sollten wir doch froh sein, dass Politik weitestgehend noch immer offline gemacht wird und sich nicht nur nach Empörungsklicks richtet! Wobei: Bei der Petition gegen Markus Lanz wäre ein Erfolg natürlich auch mal nicht schlecht...

stud.live